

AUF DEM WEG ZU EINEM FORSCHUNGSZENTRUM ANTISEMITISMUS

Eine Gruppe junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Sie wollen die Forschung zu einem wichtigen gesellschaftlichen Thema an der Universität Trier institutionalisieren.

In Vorfällen wie dem Anschlag auf die Synagoge in Halle oder in der gestiegenen Zahl entsprechender Straftaten wird Antisemitismus für jeden sichtbar. Es gibt aber auch einen weniger offensichtlichen Trend. „Antisemitismus ist unterschwelliger geworden. Es wird schwerer, ihn zu identifizieren“, fasst Lennard Schmidt nüchtern Forschungserkenntnisse zusammen. Dass beispielsweise jemand sage, „Ich hasse Juden!“, komme seltener vor. „Nichtsdestotrotz ist Antisemitismus in der Gesellschaft immer noch anzutreffen.“

Forschung und Präventionsarbeit können ihren Teil dazu beitragen, Antisemitismus entgegenzuwirken. Davon ist die Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung (IIA) überzeugt. Seit mehr als zwei Jahren engagiert sich die Hochschulgruppe in vielen Stunden ehrenamtlicher Arbeit für dieses Ziel. Lennard Schmidt, Andreas Borsch, Salome Richter, Marc Seul und Luca Zarbock schaffen es kaum, die vielen Anfragen zu beantworten. „Der Bedarf vor allem auch an Bildungsmaterial ist groß. Viele Lehrerinnen und Lehrer nehmen Kontakt zu uns auf“, sagt Andreas Borsch. Seit Mai erhält die Initiative eine Förderung vom Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz. Eine Bibliothek und ein Archiv zu Antisemitismus sollen aufgebaut, Materialien

didaktisch eingeordnet werden. Gleichzeitig knüpft die Gruppe aktiv ein Netzwerk, das zivilgesellschaftliche Akteure und Forschende umfasst.

Es sind die ersten Schritte auf dem Weg zur Gründung eines Forschungsinstituts an der Universität Trier. Denn das ist das Ziel der Promovierenden und Studierenden, die die Initiative tragen. Unterstützung und Fürsprache erhalten sie dafür von Professoren und der Politik. „Eine institutionelle Verortung ist wichtig, um Forschungsergebnisse präsentieren zu können. Wir wollen, dass Politik diese als Grundlage für Entscheidungen zur Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus nimmt“, sagt Lennard Schmidt. Bisher gibt es im Südwesten keine wissenschaftliche Einrichtung, die zu dem Thema forscht.

Versteckter Antisemitismus

Wie notwendig es ist, Antisemitismus interdisziplinär in den Blick zu nehmen, hat eine Tagung gezeigt, die die Initiative im Oktober 2020 veranstaltet hat. Teilgenommen hatten Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler beispielsweise aus Geschichts-, Politik- und Bildungswissenschaft.



Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wollen die Forschung zu Antisemitismus an der Universität Trier institutionalisieren.

„Man trifft unter anderem auch in Computerspielen, US-Hip-hop oder Social Media auf versteckten Antisemitismus. Daher ist es wichtig, auch hier Präventionsarbeit zu leisten“, sagt Schmidt. „In der Schule haben wir gelernt, dass Antisemitismus mit dem Schlüsselwort „Jude“ zusammenhängt. Doch antisemitische Äußerungen können auch in Zusammenhang mit der Verwendung von Wörtern wie „die Zionisten“, „die Israelis“ oder „die Traditionalisten“ fallen.“

Umso wichtiger sieht die Trierer Initiative die Vermittlung von Wissen über Antisemitismus an eine breite Öffentlichkeit. In 14 Vorträgen haben im Sommer und Herbst 2021 Forschende unterschiedliche Aspekte von Antisemitismus beleuchtet. Darüber hinaus ist der Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, wie beispielsweise Projekten, die an Schulen über Antisemitismus aufklären, ein besonderes Anliegen.

Wenn über Antisemitismus diskutiert wird, spielen oft auch politische Ansichten eine Rolle. Beispiel Mehrfachdiskriminierung: Geflüchtete können Opfer von Diskriminierung sein, gleichzeitig aber auch antisemitische Einstellungen verbreiten. „Es gibt die einen, die das „importierten Antisemitismus“ nennen, während andere sagen, dass doch niemand etwas dafür könne. Forschungsansätze, die aus einer politischen Absicht heraus bestimmte Probleme nicht ansprechen, halten wir für kontraproduktiv. Wir wollen Mehrfachdiskriminierung mitdenken, ohne Antisemitismus dadurch zu entschuldigen“, sagt Andreas Borsch. Mit dem Thema „Antisemitismus in der (post)migrantischen Gesellschaft“ wird sich im Februar 2022 eine Konferenz an der Universität Trier beschäftigen. Die Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung hat dazu – wie auch bei der vorangegangenen Konferenz – explizit auch Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler eingeladen. Borsch: „Wir wissen, wie schwierig es für junge Forschende ist, Beiträge auf Tagungen zu platzieren. Daher ist es uns ein wichtiges Anliegen, ihnen ein Forum zu bieten.“

Während der NS-Zeit und danach

In ihren Doktorarbeiten beschäftigten sich sowohl Andreas Borsch als auch Lennard Schmidt mit Aspekten von Antisemitismus. Lennard Schmidt promoviert bei Professor Christian Jansen zu Antisemitismus der Neuen Linken in den 60er- und 70-Jahren. Dazu analysiert er unter anderem Artikel aus der linkserichteten Zeitschrift „konkret“. Als Journalistin war auch Ulrike Meinhof, spätere RAF-Anführerin, für die Zeitschrift tätig. In einem Artikel schreibt sie, dass die Bombardierung Dresdens vergleichbar mit dem wäre, was die Deutschen den Juden angetan hätten. „Ich habe in meiner Dissertation ein Denkmuster der Neuen Linken herausgearbeitet. Im Zweiten Weltkrieg war die Generation zu jung, um aktiv daran teilzunehmen. Sie sahen sich und ihre Verwandten ebenso als Opfer des Krieges wie die Juden.“



Tagungen sollen insbesondere auch Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern ein Forum für ihre Forschungsbeiträge bieten.

Wie Antisemitismus bei einfachen Beamten der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in der Region Trier während der NS-Zeit verbreitet war, erforscht Andreas Borsch in seiner Dissertation. „Über das Judenreferat der Gestapo ist schon viel bekannt. Aber eine Verbreitung des antisemitischen Gedankenguts wäre ohne die Verwaltung vor Ort nicht möglich gewesen.“ Durch Personalakten von Beamten kann Borsch zeigen, dass die Denkmuster auch in der Praxis in der Region Trier verwurzelt waren. „Mit Kriegsende gab es nicht unbedingt eine Zäsur in der Verwaltung. Personen waren weiter beschäftigt und verloren nicht von einem auf den anderen Tag das Rassedenken.“ Die Dissertation, die sich in ihren Endzügen befindet, wird von Professor Lutz Raphael und Dr. Thomas Grotum betreut.

Andreas Borsch, Lennard Schmidt und die Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung hoffen, dass durch ein Forschungszentrum zu Antisemitismus noch mehr junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Möglichkeit erhalten, zu dem gesellschaftlich wichtigen Thema zu forschen.

Kontakt

Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung

Mail: iaa@uni-trier.de

www.iaa.uni-trier.de